

Die „Freiheit“ erscheint täglich vormals, Samstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei ihrer Bestellung aus Haus monatlich 21.— M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Vorkaufstellen Bestellungen entgegen. Unter Vorkauf bezogen für Deutschland, Belgien, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 66.— M., für das übrige Ausland 72.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80/82

Die Jahrgangspostzeitung Konzeptions-Verlag über deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Anzeigen. Keine Anzeigen: Das letztgenannte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigen. Kontende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das letztgenannte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 38

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor der Fünfländerkonferenz

### Die Vorbereitungen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten  
Frankfurt a. M., 24. Februar.

Die Mainstadt steht schon seit Sonnabend im Zeichen des Strebens, das Proletariat Europas wieder zu internationaler Aktion zu vereinigen. Die Fünfländerkonferenz wird diesmal nach dem durch den Eisenbahnstreik bewirkten Abbruch der Pariser Tagung zustande kommen. Fraglich ist nur, ob sie nicht eine Vierländerkonferenz bleiben wird, denn das Erscheinen der Italiener ist noch immer in Frage gestellt. Nicht weiß sie etwa die Konferenz ablehnten, sondern weil die noch immer nicht gelöste Regierungskrise den Führern die Abwesenheit von Rom vielleicht nicht gestattet.

Die Parteien der Zweiten Internationale waren dagegen am Donnerstag schon zu einer Vorbesprechung zusammengetreten, auf der die entsprechenden Parteien Deutschlands, Englands, Hollands, Belgiens und Dänemarks vertreten waren. Von Belgien sind Vanderweide, Hunsmans, De Man, von England Tom Shaw, Jowett, der Vorsitzende der Labour Party, und Gillis, von Holland Bliegen und von Dänemark Andersen gekommen, Vorsitzender und Sekretär des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale, Henderson und MacDonald sind am Erscheinen verhindert, der erste wegen der kritischen politischen Lage Englands, der zweite krankheitshalber.

Heute traten die Exekutivkomitees der Zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien zu einer Besprechung zusammen, die vertraulicher Natur war. Genosse Friedrich Adler-Wien nimmt an den Verhandlungen als Vorsitzender der Internationalen Arbeitsgemeinschaft teil. Morgen um 10 Uhr beginnt die erste Sitzung der Konferenz.

## Für die politischen Gefangenen in Rußland

London, 24. Februar. (W. I. B.)

Der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale hat alle angeschlossenen Parteigruppen aufgefordert, von der Sowjetregierung Aufforderung über die Behandlung zu verlangen, die den in Sowjetgefängnissen internierten Sozialisten und anderen politischen Gegnern der Sowjetregierung zuteil werde. Ferner befragt der Aufruf, es müßte in der bestmöglichen Weise zugunsten der unglücklichen Kameraden in Rußland, deren Leben in Gefahr sei, interniert werden.

## Die heutige

## Begegnung Lloyd George—Poincaré

CC. Paris, 25. Februar.

Lloyd George verließ gestern nachmittags London und begab sich nach Hythe, wo er die Nacht in der Villa von Sir Philippe Colson verbrachte. Heute morgen wird er um 10.40 Uhr abfahren und gegen Mittag in Calais ein treffen. Poincaré legte die Reise nach Calais im Zuge zurück. Er wird dort um 11.40 Uhr ein treffen und in der Unterpräfektur das Frühstück einnehmen. Dem Vertreter des „Matin“ in Boulogne erklärte der Unterpräfekt, daß die Besprechung zwischen den beiden Ministerpräsidenten zweifellos heute nachmittags um 3 Uhr in der Unterpräfektur beginnen werde. Andere Nachrichten bezogen allerdings noch immer, daß eine Villa in einer der kleinen Seestädte in der Umgebung von Boulogne der Ort der Zusammenkunft sein soll. Doch ist anzunehmen, daß der Unterpräfekt den „Matin“-Vertreter nicht falsch berichtet haben wird. Tugend ein offizieller Empfang findet nicht statt.

Über den Inhalt der Besprechungen glaubt Vertinax dem „Echo de Paris“ folgendes mitteilen zu können: Zogendein bestimmtes Programm für diese Besprechung ist im voraus nicht festgelegt worden. Doch sei es sicher, daß man sich hauptsächlich mit der Konferenz von Genua beschäftigen werde. Am letzten Dienstag habe Lloyd George eine vorläufige Antwort auf die französische Denkschrift zu erteilen begonnen, indem er mündlich zustimmte, daß auf der Konferenz von Genua über die Friedensverträge und Reparationen nicht gesprochen werden solle, und daß die dem Völkerbunde zukommenden Rechte nicht angefaßt werden sollen. Von Frankreich wird nunmehr gewünscht, daß diese Zusicherungen Lloyd Georges in einem Dokument oder wenigstens in einem Communiqué festgelegt werden sollen, außerdem aber müßten weitere strittige Punkte aufgeklärt werden. So wünscht Frankreich Englands Zustimmung zu erhalten, sich gelegentlich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen zu dürfen, beispielsweise dann, wenn das Garantiekomitee die Überwachung der deutschen Finanzgebühren übernehmen sollte. Der Artikel 6 dürfe Frankreich nicht verhindern, evtl. militärische Sanktionen spielen zu lassen. Viel werde von den Erklärungen abhängen, die Lloyd George in der Frage der Abrüstung zu Lande abgeben werde. Poincaré wird darauf dringen, zu wissen, ob die Lloyd George zugewandte Absicht richtig sei, daß er in Genua vorkommen wolle, alle europä-

ischen Nationen müßten nach bestimmten Prozentsätzen ihre Landhoere vermindern. Vertinax glaubt nicht, daß über die übrigen Angelegenheiten, die in der letzten Zeit im Mittelpunkt der englisch-französischen Erörterungen standen, heute Besprechungen gepflogen würden. Denn was die Tanagerfrage und die griechisch-türkische Angelegenheit betreffe, so würden die alliierten Außenminister demnächst Gelegenheit haben, diese Probleme eingehend zu erörtern. Das Reparationsproblem aber würde demnächst von dem englischen Schatzkanzler und dem französischen Finanzminister ebenfalls demnächst besprochen werden. Bei den jetzigen Besprechungen, fügt Vertinax hinzu, sei der englisch-französischer Garantievertrag in die zweite Reihe gerückt.

## Sowjetrußland und der westeuropäische Kapitalismus

### Der augenblickliche Stand der Konzessionsfrage

St. Moskau, 21. Februar. (Eig. Bericht.)

Der Vorsitzende des Konzessionskomitees beim Rat für Volkswirtschaft, Landau, machte in einer Unterredung eingehende Mitteilungen über den augenblicklichen Stand der Konzessionsfrage. Er führte aus: Unsere Abteilung hat Pläne für die Gewährung von Konzessionen in folgenden Industrien ausgearbeitet: Petroleumindustrie, Bergbau, Metallindustrie, Elektro-Technik, Chemische Industrie, Waldbauschneidung, Zuckerindustrie und Streichholzindustrie. Wir beabsichtigen sowohl reine Konzessionen zu vergeben, das heißt solche, die nur von Ausländern verwertet werden, wie auch gemischte, an denen sich die Sowjetregierung beteiligen würde. Es liegen uns augenblicklich 60 ernsthaftes Gesuche auf Gewährung von Konzessionen aus Amerika, England, Schweden, Norwegen, besonders aber aus Deutschland vor. Bemerkenswert erscheint, daß auch die große französische Automobilfabrik Renault uns ein Angebot gemacht hat.

Die Angebote des Auslandskapitals betreffen folgende Arbeitsgebiete: Bergbau, Holzperwertung, Papierherstellung, Landwirtschaft, Petroleum, Zuckerindustrie. Die deutschen Kapitalisten interessieren sich besonders für die Petroleumgewinnung und die Zuckerherstellung. Die Objekte die für die Vergabung an Ausländer in Betracht kommen, haben einen Wert von rund 3 Milliarden Goldrubel. Um sie auszunutzen, ist nach unseren Berechnungen ein Betriebskapital von etwa 1 Milliarde Goldrubel nötig. Wir würden, wenn die Inbetriebnahme aller Konzessionsindustrien erfolgt, den ausländischen Kapitalisten garantieren können, daß sie bei dem Betriebsaufwand von einer Milliarde Goldrubel einen Gewinn von 250 Mill. Goldrubel erzielen.

## Der deutsche Außenhandel im Januar

### Ausfuhrüberschuß von 1,7 Milliarden Mark

Berlin, 25. Februar.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Januar 1922 hat im Spezialhandel betragen die Einfuhr 23,1 Millionen Doppelzentner im Werte von 12,8 Milliarden Mark, die Ausfuhr 20,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 14,5 Milliarden Mark. Die Einfuhrmenge hat sonach im Vergleich zum Vormonat um 2,2 Millionen Doppelzentner zugenommen bei einem gleichzeitigen Rückgang des Wertes um 0,9 Milliarden Mark. Auch die Ausfuhr zeigt der Menge nach gegenüber dem Vormonat eine Steigerung, nämlich von 1 Million Doppelzentner, während der Ausfuhrwert annähernd der gleiche geblieben ist. Die deutsche Handelsbilanz zeigt sonach im Januar einen Ausfuhrüberschuß von 1,7 Milliarden Mark, der in erster Linie auf einen weiteren Rückgang des Einfuhrwertes zurückzuführen ist. Die Verschiebungen im Verhältnis von der Menge zum Wert sind bei der Einfuhr darauf zurückzuführen, daß die mengenmäßige Steigerung sich vor allem bei Massengütern, insbesondere bei Erzen und Kohlen, zeigt, während die Einfuhr von Lebensmitteln, die nächst diesen Waren der Menge nach die Hauptrolle in der Einfuhr spielen, weiter abgenommen hat. Auch bei der Ausfuhr zeigt sich bei den Massengütern, insbesondere bei Erden und Steinen und bei fossilen Brennstoffen, eine Steigerung, während die Ausfuhr hochwertiger Erzeugnisse, insbesondere die der Textilwaren, einen nicht unerheblichen Rückgang gegen den Vormonat aufweist.

Kahr Präsidentschaftskandidat. Die „W. V. N.“ melden, daß die Deutschnationale Volkspartei den Beschluß gefaßt hat, für die kommende Wahl des Reichspräsidenten Herrn v. Kahr, den früheren bayrischen Ministerpräsidenten, als Kandidaten aufzustellen.

Ministerium Facta in Italien. Facta hat dem König Freitag abend erklärt, daß er die Kabinettsbildung übernehme.

Der Frauenmörder Vanduz ist heute früh sechs Uhr in Versailles hingerichtet worden.

## Wer sabotiert die Einigung?

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hat bekanntlich zu der gegenwärtig in Frankfurt a. M. stattfindenden Fünfländerkonferenz auch die kommunistischen Parteien der in Frage kommenden Länder eingeladen. Die Kommunisten haben, nach anfänglichem Schwanken, dieser Aufforderung keine Folge geleistet. Die „Rote Fahne“ begründet dieses Vorgehen mit folgenden Worten:

„Die kommunistischen Parteien der eingeladenen Länder werden sich an dieser Kumpfkonzferenz nicht beteiligen. Gerade weil die Kommunisten eine wirkliche internationale Konferenz wollen, müssen sie es ablehnen, sich an dieser Fünfländerkonferenz zu beteiligen. Die Veranstaltung einer Kumpfkonzferenz wird daher praktisch der Erörterung der internationalen Fragen nicht dienen können; sie ist vielmehr als der Versuch einer Sabotage einer wirklich internationalen Konferenz zu betrachten.“

Nimmt sich schon dieser Versuch der berufsmäßigen kommunistischen Saboteure, die Frankfurter Konferenz als „Sabotage“ zu bezeichnen, als eine hohle Phrase an, so ergibt sich die Verwerflichkeit der kommunistischen Taktik noch mehr aus einer näheren Betrachtung der Begleiterscheinungen der jetzt einberufenen Konferenz. Eine der treibenden Kräfte der Sabotage der Fünfländerkonferenz war die französische kommunistische Partei, die einerseits aus janatsischem Haß gegen die sozialistische Partei, andererseits aus Furcht, den Nationalisten gegenüber Farbe bekennen zu müssen, mit aller Entschiedenheit gegen die Teilnahme an der zuerst nach Paris, jetzt nach Frankfurt einberufenen Konferenz auftrat. Der Generalsekretär der französischen kommunistischen Partei, Trossard, begründete dieses Vorgehen folgendermaßen:

„Im günstigsten Falle — wenn die Kommunisten sich den Sozialisten anschließen würden — würde die Konferenz nur eine gemeinsame politische Front zustande bringen. Aber vom Standpunkte der Moskauer Exekutive aus ist nicht eine politische, sondern eine Front der Arbeiterklasse die Forderung der Stunde. Nicht eine parlamentarische, sondern eine Massenaktion muß vorbereitet werden. Weder in ihrer Zusammenlegung noch nach ihrem Charakter gewährt die Konferenz die Voraussetzungen, die uns zur Teilnahme veranlassen könnten. Infolgedessen halten wir es für unsere Pflicht, auch wenn unsere Partei die Thesen des Exekutivkomitees über die Einheitsfront angenommen hätte, auf die Teilnahme an dem Kongreß der „Wiederaufbauer“ zu verzichten. Unsere Ablehnung wird durch Gründe gerechtfertigt, die sich auf den letzten Konferenzen der konföderalen Sekretäre in voller Klarheit enthüllt haben. Wir wollen auf keinen Fall unseren Gegnern Gelegenheit geben, den Kontakt mit der proletarischen Elite unseres Landes wieder aufzunehmen.“

Der „Avanti“, das Zentralorgan der italienischen Sozialistischen Partei, schrieb sehr zutreffend zu diesen Erklärungen:

„Das sind die Auffassungen der Kommunisten. Ihre Schwäche, ihr Widerspruch mit der Moskauer Exekutive, liegt auf der Hand. Die Unterzeichnung, die Trossard zwischen einer politischen und einer Arbeiterfront macht, ist rein dogmatisch. Da es sich in der Hauptsache um ein politisches Problem handelt, so müssen natürlicherweise zuerst die politischen Parteien vor den gewerkschaftlichen Organisationen beraten, die sich übrigens schon über das Reparationsproblem ausgesprochen haben.“

Kann andererseits Trossard bestreiten, daß die sozialistischen Parteien, die für die Konferenz sind, in der Hauptsache Arbeiterparteien sind? In Wahrheit vertreten diese Parteien 10 Millionen organisierte Arbeiter und die Zahl von 20 Millionen sozialistischer Wähler. Es ist daher kein Zweifel über den Charakter und die Ziele der Konferenz.

Die wahre Ursache der Ablehnung der Kommunisten ist kleinlich und feilhaft, sie ist nicht würdig einer großen Partei, und Trossard führt sie an, weil er seine von den Kommunisten blühenden Gegner verhindern will, in Fühlung mit der „proletarischen Elite“ zu treten.

„Proletarische Elite?“ ... Was soll man sagen, wenn man solche Worte aus der Feder eines Kommunisten stehen sieht. Rechten wir denn wieder in die Zeiten zurück, in denen man zwischen der Elite und dem Plebs einen Unterschied machte, eine Unterzeichnung, die den aristokratischen Systemen aller Zeiten eigenartig war?

Diese Angst der Kommunisten ist im übrigen sehr eigenartig. Sie haben die Parole ausgegeben: „Zu den Massen gehen!“ Aber, ob ihnen das ernst ist oder nicht, die Massen stehen in England hinter der Labour Party, in Belgien hinter der Arbeiterpartei, in Deutschland hinter den Mehrheitspartei und Unabhängigen, in Italien hinter den Sozialisten. Diese Parteien haben nicht die geringste Befürchtung, die Kommunisten in Verbindung mit ihren Massen zu sehen. Sind etwa die Kommunisten ihrer Anhänger so wenig sicher, daß sie die Fühlungnahme fürchten — nachdem sie selbst sie verlangt haben?

Soweit die Unwahrhaftigkeit und Heuchelei der kommunistischen Parteien in Frage kommen, trifft die Kritik des „Avanti“ vollkommen ins Schwarze. Außer dieser Seite der Frage muß noch eine andere berücksichtigt werden, die von nicht geringerer Bedeutung ist. Mit Recht hat das „Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ im Anschluß an die Äußerungen Trossards erklärt, daß die ablehnende Haltung der französischen Kommunisten in der Hauptsache bestimmt und beeinflusst werde durch den neuen Kurs der bolschewistischen Außenpolitik.

In diesen Tagen — schreibt das Blatt — häufen sich die Nachrichten, Interwiews und Artikel, die davon reden, daß Rußland sich auf den Boden des Versailler Friedens, d. h. Deutschland und





## Zum Kapitel Wohnungsamt

Ein Leser schreibt uns: Im Juni 1921 verlor ich durch Wohnungsamt Via die neu abgeschlossenen Mietverträge zur Abstrempelung vor. Dasselbe vermach die Angelegenheit in circa 14 Tagen zu erledigen. Alle gewünschten Belege wurden von mir beigebracht. Als aus 14 Tagen vier Monate geworden waren, mahnte ich bei dem Wohnungsamt die Erledigung der Angelegenheit an und erhielt den schriftlichen Befehl, daß noch eine Gegenbescheinigung vom Wohnungsamt II, Bremer Straße, fehle, ich möge dieselbe besorgen und würde dann sofort die Verträge erhalten. Die gewünschte Bescheinigung wurde von mir beigebracht und per Einschreiben eingeliefert. Aus der sofortigen Erledigung wurde jedoch nichts; nachdem vielmehr mehrere Wochen ins Land gegangen waren, mahnte ich wiederholt durch Einschreiben darum. Ich wurde aber keiner Antwort würdig. Nun sandte ich zwei Bescheiden an das Bezirksamt VI, ohne auch hier zunächst irgend etwas zu hören. Erst meine Drohung, der Presse die Angelegenheit zu übergeben, brachte den Erfolg, daß man mich nach dem Wohnungsamt VI bestellte. Dort wurde mir nun erklärt, daß von mir überhaupt keine Eingänge vorhanden wären. Als ich nun die oben erwähnten Schriftstücke als Beweis vorlegte, wurde verlangt, ich solle dann eben Abschriften von den Verträgen beschaffen. Ich lehnte dies energisch ab; man wurde nochmals nachgefragt und auf einmal waren die Verträge gefunden. Nun hätte ich sie sofort mitnehmen können, aber der zuständige Beamte ließ sich nicht sprechen. Man versprach mir aber, die Verträge würden bestimmt am Abend mit der Post abgehändelt. Aber nun glaubt, daß dies wirklich geschehen wäre, irrte sich. Nach drei Tagen ging ich nochmals zum Wohnungsamt VI und jetzt wurde mir lapidar erklärt, „so schnell ginge das nicht“. Jemand folgte dann die Erklärung, es fehle wieder die ominöse Gegenbescheinigung. Mit der Bitte um einige Tage Geduld schloß man mich wieder nach Hause.

Wochen sind nun wieder vergangen. Ich habe mich beim Wohlfahrtsministerium beschwert und dann auch beim Zentral-Wohnungsamt. Keine von all diesen Stellen hat es der Mühe für wert, dafür zu sorgen, daß die Angelegenheit ihre Erledigung findet, trotzdem nun mehr als sieben Monate vergangen sind. Das ist ein Skandal ohne Gleichen! Will das Wohnungsamt meinen Mietvertrag verschwinden lassen, um mich dann aus meiner Wohnung herauszuwerfen zu können? Und noch eine Frage: Ist es wirklich unmöglich, diese Drohnen von Beamten, die sich von unseren Steuergroßchen mösten, endlich an die Luft zu befördern und durch fähigere zu ersetzen? Das Maß ist überdoff!

## Keine Abänderung der Steuerbücher

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin teilt mit: Es ist vielfach die Wahrnehmung gemacht worden, daß Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer die von der Gemeindebehörde auf Seite 1 des Steuerbuches beizuführenden Zahlen entsprechend dem Gesetz vom 20. Dezember 1921 selbstständig abgeändert haben. Dies ist unzulässig. Die Zahlen sind auf keinen Fall abzuändern. Der Arbeitgeber hat lediglich bei der Berechnung des Steuerbetrages die beauftragte Gesamtsumme zu ver doppeln und 180 W. hinzuzurechnen. Auch diese Umrechnung hat zu unterbleiben, falls das Finanzamt den Gesamtbetrag bereits zahlenmäßig berücksichtigt hat. Von der so errechneten Summe ist nach der Tabelle auf Seite 4 des Steuerbuches der zutreffende Ermäßigungsbeitrag von dem 10prozentigen Steuerbetrage in Abzug zu bringen. — Diese Befestigung erfolgt reichlich verspätet, denn in außerordentlich vielen Fällen ist schon von den Arbeitgebern eine Abänderung der Summe des Befestigungsbeitrages entsprechend vorgenommen worden.

## Hauptstelle für praktische Psychologie

Eine gemeinnützig arbeitende Stelle für praktische Psychologie wurde mit der Unterstützung des Preussischen Ministeriums des Innern geschaffen. Das Institut soll der Allgemeinheit für eine wissenschaftliche, kostenfreie psychologische Beratung zur Verfügung stehen. Hand in Hand mit einigen Ärzten und Psychotherapeuten, die sich ehrenamtlich zur Mitarbeit bereit erklären, wird eine auf die Ergebnisse der Hauptpsychologie gestützte Untersuchung, Beratung und Behandlung erfolgen. Die Untersuchungen werden sich besonders auf das Gebiet der Berufsberatung und der wissenschaftlichen „Seelsorge“ erstrecken. Sobald die Vorarbeiten zum Abschluß gebracht sind, soll das Institut im Sinne einer Poliklinik dem Gemeinwohl geöffnet werden. Vom Ministerium wurden zunächst Räume in Spandau in der früheren Garde-Pionier-Kaserne (Schönwalder Straße) angewiesen. Die ehrenamtliche Leitung der Hauptstelle liegt in den Händen des praktischen Psychologen Dr. R. W. Schulze, der besonders durch seine berufspsychologischen Arbeiten und Vorträge sowie durch seine psychologischen Untersuchungen als Abteilungsleiter der Deutschen Hochschule für Leibübungen bekannt ist und den Gedanken einer „psychologischen Charite“ bereits seit Jahren vertritt.

## Hallensportfest der Arbeiterportler

Dem Kartellverband für Arbeiterportler werden wir um nachstehenden Hinweis gebeten: Arbeiter! Sportler! Der Kartellverband für Sport und Körperpflege, bestehend aus sämtlichen Arbeiter-Sportorganisationen Groß-Berlins, veranstaltet am Sonntag, den 19. März, im „Sportpalast“, Potsdamer Straße 72, sein erstes großes Hallensportfest. Die Arbeiter-Sportbewegung hat mit dem patriotischen Sturm und mit dem Preis-Sportfermentum der bürgerlichen Sportbewegung nichts zu tun. Die Arbeiter-Sportorganisationen stehen auf dem Boden der Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse. Darum ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse den Bestrebungen dieser Organisationen vollste Unterstützung zuteil werden läßt. Am 19. März wird sich die Groß-Berliner Arbeiterklasse von den Leistungen ihrer sporttreibenden Arbeitsschüler und -schülerinnen überzeugen können. Eintrittspreis für alle Plätze einheitlich 6 Mark. Karten bei allen Arbeiterportlern in den Betrieben und im Sporthaus „Fichte“, Köpenicker Straße 108. Beginn der Vorkämpfe 2 Uhr, der Endkämpfe und Sonderaufführungen 5 Uhr.

Religiöslose Kinder des 20. Distrikts. Unterricht für die Kleinen, in der Schule Brangestraße, findet vorläufig wegen Kohlenmangel nicht statt.

Soziale Frage und Bevölkerungslehre. Ueber dieses interessante Problem wird Dr. Gumbel, der Verfasser der bekannten Broschüre „Zwei Jahre Nord“, im Rahmen der Betriebsratsschule zehn Vorträge halten. Sie finden statt: In der städtischen Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warshauer Str. 6/8. (Beginn: Donnerstag, den 2. März, abends 6 Uhr.) Es werden in diesen Vorträgen die wesentlichen Lehren der Bevölkerungsstatistik in allgemein verständlicher Weise dargestellt. Da dieses Thema die sozialen Fragen des Sozialismus behandelt, wird empfohlen, wir unseren Lesern dringend den Besuch.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend veranstaltet auch in diesem Jahre wieder am Sonntag, den 26. Februar und den darauffolgenden Sonntagen bis einschließlich Sonntag, den 19. März, Befestigungen ihrer umfangreichen Betriebsanlagen in Lichtenberg. Des großen Andranges wegen werden die Befestigungen nach Verkaufsstellen geordnet abgehalten. Tag und Stunde sind in der „Konsum-Genossenschaft“, Nr. 2, veröffentlicht. Wir bitten alle unsere Mitglieder, Freunde und Gönner dringend, sich diese Gelegenheit nicht entgehen zu lassen und sich persönlich davon zu überzeugen, was die organisierte Verbraucherschicht Groß-Berlins in jahrzehntelanger und mühevoller Arbeit für gewaltige Anlagen aus dem Nichts geschaffen hat.

## Gewerkschaftliches

### Rußlandbilder

Im „Gewerkschaftlichen Nachrichten“ des A. D. G. B. veröffentlicht Gen. Bollmershaus unter dem Titel „Russische Verhältnisse“ einen längeren Aufsatz, aus dem wir folgende Details wiedergeben:

„Das internationale Komitee „Arbeiterhilfe“ in Sowjetrußland, das ja auch in Deutschland durch Willy Münzenberg vertreten wird, überließ mir durch seinen Vertreter Franz Jung in Moskau ein Erpöck über seine Tätigkeit in den Hungergebieten. Danach sollen ungeheure Mengen Lebensmittel und Kleidungsstücke von diesem Komitee in die Hungergebiete eingeführt sein. Ferner spricht man davon, daß man Kraftwagen, Lokomobile, landwirtschaftliche Maschinen, Feldflügel, Schmelze- und Schleifwerkstätten in Eisenbahnwaggons dorthin gebracht habe, ferner, daß man sehr viele Kranke und Flüchtlingskinder bewirte. Man wollte mit uns in Verbindung treten, um auch in unserm Bezugsgebiet Tschuwach Erwerbsmöglichkeiten durch Hausindustrie herzustellen. Die Anfänge dazu hätten sie bereits gemacht. Nach eingehenden Feststellungen durch unsere Delegation haben wir von all diesem von der „Arbeiterhilfe“ angeblich nichts bemerkt. Auch in Rußland ist das Papier gelblich. Nur sollte man sich hüten, jemand etwas vorzumachen, der den Dingen auf den Grund geht.“

Unsere Delegation sprach dem Vertreter der Sowjetregierung gegenüber den Wunsch aus, man möchte in ähnlicher Form, wie es bei der Kanien-Mission sowie bei der rein kapitalistischen amerikanischen Relief-Administration (Ara) geschehen sei, unsere Hilfsaktion der Öffentlichkeit durch die Zeitung bekanntgeben. Das geschah denn auch in der „Sowjetija“ vom 24. Januar, jedoch in einer Weise, daß man daraus nicht erkennen kann, ob die Mission von der Gewerkschaftsinternationale in Moskau oder von der Roten ausgeht. Die Benennung darin ist: „Internationale Föderation der Gewerkschaften“. Wir hatten zwar den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, auch das Wort „Amsterdam“ mit aufzunehmen, was allerdings unterblieben ist.“

Bollmershaus beklagte die Gewerkschaft der Metallarbeiter in Moskau. Wie es dort ausfah, wird wie folgt geschildert:

„Die Bureaus der Organisation befinden sich in einem schloßähnlichen Gebäude, das seinen alten Glanz verloren hat. Ich glaubte einen neuen Glanz dort vorzufinden, der dem bisherigen großen Gehalt der Roten Gewerkschaften Rußlands Rechnung trüge. Aber weit gefehlt! Ich habe trotz Suchens nichts entdecken können, welche praktische Gewerkschaftsarbeit in organisatorischer wie in sozialer Hinsicht dort geleistet wird, trotzdem es meines Dafürhaltens genug Angestellte gibt. — Würde in Deutschland in den Gewerkschaften so verfahren, so wußte ich würde durch die gesamten Räume geführt, von denen jeder seine Bestimmung hatte. In dem Raum für Statistik habe ich allerdings vergebens nach irgendwelchem Material gesucht. So wie in diesem, war es in allen Räumen, sei es in der Produktionsabteilung oder sonstwo. Man macht alles aus dem Gedächtnis! Irgendwelche Registratur ist ebenfalls nicht vorhanden.“

Nach vieler Mühe gelang es B., eine Fabrik zu besichtigen. Und wie sah's dort aus? Unser Genosse berichtet:

„Dies ist eine Metallfabrik, in der jetzt 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Sie gilt als Fabrik erster Ordnung, d. h. sie erhält vom Staat die Materialien und liefert die fertigen Produkte an ihn ab. Außerdem erhalten die dort Beschäftigten einen größeren Anteil (Lebensmittelanteil) als in anderen Betrieben und sind weiter im Affordolohn etwas besser gestellt. Gemessen an den russischen Verhältnissen ist der Reallohn um Bedeutendes geringer. Die Fabrikation dieser Fabrik besteht hauptsächlich in Werkzeugen, Drehbänken, Kartoffelrosmaschinen, Texten und Seilen. Ein Teil der Fabrik mußte früher stillgelegt werden. Ein während des Krieges angelegener Neubau ruhte ebenfalls. Der leitende Ingenieur erklärte uns die Fabrikationsmethoden. Er konnte dabei keine genauen Angaben über die Fabrikationsdauer der obengenannten Maschinen machen. Die Organisation sowie die maschinellen Einrichtungen der Werke und Sensenfabrikation ging einigermassen, während bei den anderen Produktionszweigen alles sehr primitiv war. Soziale und hygienische Einrichtungen in der Fabrik, wie Umkleieräume, Waschanlagen, Schuhvorrichtungen usw. sind kaum vorhanden. Die Arbeiter stehen zum Teil in ihren Zelten bei der Arbeit. Die „windigen“ Räume bedingen das. Alle Arbeiter und Angestellten sind zwangsläufig Mitglieder der Gewerkschaften. Man findet unter ihnen sehr wenig Kommunisten, dafür mehr Parteiloje. Der kommunistische Direktor der Fabrik, ein ehemaliger Arbeiter, hat die Leitung und ist der allein bestimmende Teil. Auf eine Frage des Direktors, wie es mit geteilt, erklärte ich ihm unweiblich, daß ich von Sozialismus oder gar Kommunismus in dieser Fabrik nichts gesehen habe. Darauf erklärte er mir prompt, daß wir daran schuld seien, weil wir die Weltrevolution nicht gemacht hätten. Eine kaufmännische Abteilung hat bis jetzt diese Fabrik nicht. Eine solche macht sich aber jetzt nach Aussage des Ingenieurs notwendig, weil sie in letzter Zeit vom Staat nicht in genügender Weise mit Materialien sowie Lebensmitteln versorgt werden. Sie seien deshalb gezwungen, jeht privatwirtschaftlich zu arbeiten.“

## Ein Sieg der Kommunisten!

### „Neutralität ist Trumpf“

Diesmal kann von einem wirklichen kommunistischen Sieg berichtet werden, den die „vereinigte Opposition“ der K. P. D., K. A. G. und der „Parteilosen“ — das ist die neueste Richtung — bei den paradiesischen Hilfsarbeitern errungen hat. In einer stürmischen Mitgliederversammlung am Mittwoch, die durch jene „Opposition“ so reizend belebt wurde, ward die Schlacht geschlagen.

Ein kommunistischer Antrag, der die Auffassung einer Einheitsliste forderte, um den man hören und saunen, Richtungsstreit in der Verwaltung zu bannen und jede Wahlpropaganda im Verbandsorgan zu unterlassen, fand Annahme. Die politische „Neutralität“ bedingte natürlich, daß die Einheitsapostel eine Kandidatenliste aufstellten, die die Namen aller im Vorjahre herausgewählten Angestellten kommunistischer Güte enthielt!

Seitens aller Vorstandsmitglieder und der Angestellten wurde die Erklärung abgegeben, daß ihnen ein Zulammenarbeiten mit diesen Kollegen unmöglich ist und sie nur auf einer Liste Amsterdamer Richtung kandidieren wollen.

Die „Rote Fahne“ und ihre Hintermänner können nun darüber jubilieren, daß der „unfähige“ und „falschreaktionäre“ Vorstand erledigt ist und neuen Leuten Platz machte, die nun frisch und frisch eine „Klassenkampforganisation“ aufbauen, die „wahre“ Demokratie verkörpern und ihre Versprechungen einlösen können. An ihren Füßen werden die Kommunisten zu erkennen sein. In den übrigen Mitgliedern wird es liegen, dafür zu sorgen, daß diese Elemente den Verband nicht in Grund und Boden regieren.

## Keine Lösung der Krise im DGB.

Die am Dienstag wegen der vorgerückten Zeit vertagte Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes beschäftigte sich am Freitag, den 24. Februar, in Alkims Festsaal mit der vom Hauptvorstand beabsichtigten Einsetzung einer neuen Ortsverwaltung.

Hermann Schulz berichtete über die am Donnerstag mit dem Hauptvorstand stattgefundene Verhandlung, die sich mit dem Verhalten des Bevollmächtigten Wilhelm Schulz beschäftigte, der, nachdem er den Beschluß betreffs seiner Vertagung erlassen hatte, dem Hauptvorstand inständig um den Votum des Bezirkssekretärs bat. Auch früher schon hat er seine Kollegen im Vorstand der Unfähigkeit bezeugt (Entrüstung.) Noch am Dienstag in der Generalversammlung lehnte er das falsche Spiel fort, indem er gegen den Hauptvorstand auftrat, aber selbst an Stelle des Genossen Knebel zu treten beabsichtigte. Dies teilte der Hauptvorstand der Ortsverwaltung mit. W. Schulz konnte die schweren Beschuldigungen nicht widerlegen! Der Hauptvorstand schlägt zur Lösung der Krise vor, den Kollegen Fieße als Bevollmächtigten für 4 Jahre kommissarisch einzusetzen und nach dieser Zeit den Kollegen zur Wahl zu stellen. Knebel soll weiterhin in der Ortsverwaltung tätig sein. Um eine Spaltung und Auflösung der Ortsgruppe zu verhindern, empfiehlt der Referent die Annahme des Vorschlages. S. Scheffel vom Hauptvorstand bestätigte das Verhalten von W. Schulz, ging auf den Streit ein, geißelte das Verhalten der Reichsgewerkschaft, warf der Regierung ihre Dummheit vor durch den Erlass der Ausnahmeverordnung und erklärte, die Verbandsleitung könne keine Gefährdung, sondern Verbandspolitik treiben. Im übrigen vollierte Redner für den kommissarisch Bevollmächtigten Fieße.

In der Diskussion wurde allseitig das Gebahren von W. Schulz verurteilt, der auch, wie festgestellt wurde, an dem Ausschluß von Fieße beteiligt ist. Während kommunistische Redner gegen den Vorschlag sich wendeten, erklärte nach einem Schlußantrag die S. P. D.-Fraktion, daß sie auf Grund der veränderten Sachlage mit der kommissarischen Verwaltung einverstanden sei. Weiter, A. G. B., beantragte Vertagung, die auf zehn Minuten beschloffen wurde. Da die Fraktionen, die inzwischen berieten, sich nicht einigten, vertagte Ulrich die Versammlung, nachdem noch ein Antrag angenommen wurde, W. Schulz auszuschließen.

Wir kommen auf die Krise innerhalb des D. G. B. noch zurück.

## Der Achtstundentag ist grundsätzlich einzuführen

Eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat soeben das sächsische Oberlandesgericht gefällt. Es handelt sich um die Ueberarbeit von einer Stunde in einem Fabrikbetriebe von fünf Arbeitern und 35 Arbeiterinnen während eines Monats, und zwar im Einverständnis mit dem Betriebsrat, dem Arbeitnehmerverband und der Arbeiterrollenversammlung. Die Ueberarbeit war erfolgt, um dringende Auslandsaufträge vor Inkrafttreten der erhöhten Ausfuhrabgabe auszuführen. Der Fabrikbesitzer L. war vom Schöffengericht freigesprochen, von der Berufungsinstanz wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter verurteilt worden. Das Oberlandesgericht hat nunmehr das Urteil ebenfalls verworfen mit der Begründung, daß die Befristung des Arbeitstages auf acht Stunden und ihre Ueberarbeit nicht der Uebereinstimmung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterliege; die Verwirklichung der alten Arbeiterforderung wäre nicht unzulässig möglich, wenn es den Betrieben und einzelnen Betrieben überlassen bliebe, darüber zu befinden, ob sie den Achtstundentag einhalten wollen oder nicht. Die Verordnung sei streng auszuliegen. Ob neben dem Arbeitgeber auch der Arbeitnehmer bestraft werden könne, stehe nicht zur Entscheidung. Bisher habe die Rechtsprechung dieses verneint. Ein Notfall sei auch nicht anzuerkennen, denn darunter sei ein Ereignis zu verstehen, das unentzählige Maßnahmen erfordere, die auch nicht um einen Tag aufgeschoben werden könnten.

Die Arbeiter- und insbesondere die Gewerkschaftspresse hat alle Veranlassung, auf diesem Gebiet die Arbeiterklasse aufzuklären, damit nicht in Verkennung seiner Aufgaben irgend ein Betriebsrat sich veranlaßt sieht, seine Zustimmung zur Leistung von Ueberstunden zu geben. Vielfach liegt bei solchen Gelegenheiten eine bewusste Korruption seitens des Arbeitgebers gegenüber der Arbeiterklasse vor, der energisch entgegengetreten werden muß.

Lohnbewegung der Tapezierer. Eine von 1000 Tapezierern und Näherinnen besuchte Versammlung nahm Stellung zur Lohnbewegung. Müller gab den Bericht der Lohnkommission. Die Unternehmer machten die Verhandlungen davon abhängig, daß die Lehrlingsfrage vollständig aus dem Tarif herausgelassen werden müßte. Nach längeren Auseinandersetzungen war es dann möglich, die Verhandlungen für Sonnabend, den 25. Februar, festzusetzen. Eine Vertrauensmännerversammlung beschloß einstimmig, die Beschlußfassung über die Mittel, welche angewandt werden sollen, um den Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, bis Sonntag morgen zu vertagen. Die beschließende Versammlung findet morgen, Sonntag, 9½ Uhr, in der „Königsbank“, Große Frankfurter Straße 117, statt. Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen unbedingte Pflicht.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 13. 2. 1920, Geschäftszeichen IV D. 2784/21 ist für die Angestellten der Nahrungsmittel- und des Metallhandels am 16. 12. 1921 abgeschlossene 6. Nachtrag zum Tarifverträge mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin und für Wannsee und Oranienburg für allgemein verbindlich erklärt worden. Dergleichen ist der am 26. November 1921 abgeschlossene 6. Nachtrag zum Tarifvertrag für die Angestellten in der Hutindustrie und des Huthandels im Geltungsbereich der Stadtgemeinde Berlin und der Orte Wannsee und Oranienburg für allgemein verbindlich erklärt worden. Auf die letztere Verbindlichkeitsklärung weisen wir ganz besonders hin, weil dadurch auch die Arbeitgeber des Großhandels verpflichtet sind, die mit dem Hutfabrikanten abgeschlossenen Gehaltsätze zu zahlen. Tarifverträge sind zu haben in den Bureaus des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, und Kommandantenstraße 63/64.

## Vereinskalender

### Montag, 27. Februar

Zentralverband der Angestellten. Gemischter Kleinhändler. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Vereinerungswahl (nicht öffentlich). Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant W. Schulz, Glienkestr. 39.

Unserlangt eingehende Bismarckbriefe werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankierter Bismarckbrief beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Reichsteil.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Verbandsrat und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzner, Berlin. — Verlagsgegenständlich: „Arbeit“, 6 M. 2 B. Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin S. 2, Breite Straße 8/9.

## 100 Krankheitsfälle

verschiedenster Art behandelt die Schrift

Der kleine Samariter

mit einem Anhang: Anleitung zur Einrichtung einer Hausapotheke

Preis 1,50 Mark

Durchhandlung „Freiheit“, Berlin O 2, Breite Str. 8-9